

Rontaler, 27./28 Januar 2014

Sessionsbericht 27./28. Januar 2014 des Luzerner Kantonsrates

Der Kantonsrat von Luzern widmete sich anlässlich der Session vom 27./28. Januar 2014 in den Hauptgeschäften der Botschaft zum Universitätsgesetz (B95) und der Änderung des Gesetzes über Verkehrsabgaben (Ökologisierung der Verkehrssteuer, B79).

Anpassung des Universitätsgesetzes

Das aus dem Jahr 2000 stammende Universitätsgesetz wird an die geänderten Rahmenbedingungen des Kantons Luzern und der Bildungslandschaft Schweiz angepasst: Ziel ist eine effiziente Führungsstruktur, damit soll die Selbstorganisation gestärkt werden. Mit der Verabschiedung des Universitätsgesetzes kann bei genügenden Finanzmitteln die Wirtschaftsfakultät errichtet werden.



Ökologisierung der Verkehrssteuer

Der Kantonsrat verzichtet auf eine Ökologisierung der Verkehrssteuer. Eine Mehrheit des Rates trat auf die Vorlage nicht ein. Der geplanten Einführung durch den Regierungsrat steht ein zu grosser administrativer Aufwand gegenüber und das Ziel des Einsatzes von ökologischen Fahrzeugen wird durch Privathaushalte und Wirtschaft bereits vorgelebt.

Persönliche Meinung zum Nichteintreten zur Ökologisierung der Verkehrssteuer

Das Nichteintreten auf die Botschaft zur Ökologisierung der Verkehrssteuer mag auf den ersten Blick erstaunen, da sich alle Parteien des Luzerner Parlamentes zur Ökologie und Nachhaltigkeit bekennen. Die Differenz liegt nicht in der Zielsetzung, sondern in den geplanten Massnahmen. Der zu erwartende administrative Aufwand beeindruckte mich. Die Entwicklung der Automobilindustrie hin zu ökologischen Fahrzeugen ist anerkannt: Hybridautos sind salonfähig geworden und auch der Treibstoffverbrauch der Fahrzeuge zeigt steil nach unten. Unter diesen Voraussetzungen braucht es die Steuerung des Kantons durch eine Ökologisierung der Verkehrssteuer nicht.

Entscheide zu einzelnen Vorstössen

- Die dringlich eingereichte Anfrage von Charly Freitag über den Standortentscheid des neuen Departementes Informatik im Kanton Zug wurde intensiv diskutiert. Der Wegzug aus dem Campus Horw wurde bedauert. Gleichzeitig bekundete die Mehrheit der Voten ein Bekenntnis zur Fachhochschule Zentralschweiz und damit zu verschiedenen Standorten in unserer Region und den Trägerkantonen der Hochschule.
- Der Personalbestand an den öffentlichen Schulen durch die Einführung zweijährigen Kindergartens auf das Schuljahr 2016/2017 soll sichergestellt werden.
- Am Ende der obligatorischen Schulzeit wird ein Abschlusstest über den Leistungsstand der Lernenden Auskunft geben.
- Neu gewählte Luzerner Zivilrichter werden von einem Weiterbildungsangebot profitieren können.

Patrick Meier
Kantonsrat CVP

Root 28. Januar 2014